

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 2185. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grandszahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Entziehung der Anzeigengebühren durch Krieg oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großböhndorf, Bremig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Wittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 289

Montag, den 13. Dezember 1926

78. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten **Robert Max Körner** in Großböhndorf, alleinigen Inhabers der Firma **R. Max Körner** in Großböhndorf wird heute am 11. Dezember 1926 nachmittags 1/1 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Ortsrichter **Alwin Wagner** in Großböhndorf wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1926 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Verbehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 4. Januar 1927 vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zu Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 31. Dezember 1926 anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsnitz.

Deffentliche Stadtverordneten-Sitzung
am Donnerstag, den 16. Dezember 1926, abends 1/9 Uhr
im großen Sitzungsjaale des Rathauses.

Tagesordnung:

Deffentlich: I. Kenntnisnahmen, II. Beratungen und Beschlußfassungen: 1. Ortsgesetz:

Pflegelinderordnung der Stadt Pulsnitz. 2. Ehrenpreis für den Geflügelzüchterverein. III. Ev. Anfragen und Anträge. **Hierauf nichtöffentliche Sitzung.**

Pulsnitz, den 10. Dezember 1926.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Walther Rier.

Bekanntmachung.

Die Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Bautzen, die bisher am Königswall 3 untergebracht war, ist unter gleichzeitiger Erweiterung zu einer **Geschäftsstelle der Landesversicherungsanstalt**

nach dem Hause **Moltkestraße 6** in Bautzen verlegt worden. Fernruf Amt Bautzen Nr. 3007. Die ärztliche Beratung für Geschlechtskranke erfolgt in den neuen Räumen zu den gleichen Zeiten wie bisher:

Montags von 5 bis 1/7 Uhr nachmittags,

Donnerstags von 12 bis 1/2 Uhr nachmittags

Außer dem werden künftig in der Geschäftsstelle die in Renten- und Heilverfahrensachen erforderlichen ärztlichen Untersuchungen der Versicherten und die Kontrollen der Beitragsentrichtung und Markenverwendung, soweit sie nicht in den Betrieben erfolgen, vorgenommen.

Auskunft in allen die Invalidenversicherung betreffenden Fragen erteilt der Kontrollbeamte **Mittwochs 3-7 Uhr und Sonnabends von 8-4 Uhr.**

Verkauf von Invalidenversicherungsmarken findet täglich während der üblichen Geschäftszeiten statt.

Dresden, am 10. Dezember 1926.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Das Wichtigste

Wie die Morgenblätter aus Genf melden, hat Chamberlain bereits am Sonntag abend Genf verlassen. Brand hat seine für Sonntag abend in Aussicht genommene Abreise auf Montag mittag verschoben. Der italienische Vertreter Scialoja reist ebenfalls am Montag ab.

Wie die Morgenblätter melden, flog im Kraftwerk Bühl bei einem Probelauf der Läufer eines Generators auseinander. Ein Maschinist wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Drei weitere Maschinisten erlitten leichte Verletzungen.

In Oslo fand eine Feier für die Nobelpreisträger statt. In Warschau Wirtschaftskreisen ist man wegen des außerordentlichen schlechten Standes der Winterreifen in Polen stark beunruhigt. Die zu erwartende Mißernte wird auf die ungünstigen klimatischen Verhältnisse, vor allem auf den vielen Regen zurückgeführt.

In Rom brannte ein Varieté-Theater nieder. Bei dem Brande fanden vier Künstler den Tod.

In Australien sind riesige Buschbrände ausgebrochen. Nach Meldungen aus Sidney dauern die Waldbrände in Südwesten mit unvermindeter Stärke an. Die Bevölkerung versucht mit Verzweiflung ihre Habe zu retten. Das Feuer rückt auf einer Breite von zwanzig Meilen vor. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der Gesundheitszustand des Kaisers von Japan außerordentlich kritisch. Die Herzkräftigkeit muß künstlich stimuliert werden.

Wie aus Newyork gemeldet wird, verließen am Sonnabend infolge des dichten Nebels nur vier von zwölf Dampfern fahrplanmäßig den Hafen. Von den einlaufenden Schiffen konnte nur eins seinen Ankerplatz erreichen. Die „Mojevic“ mußte mit 2300 Passagieren an Bord ihre Abfahrt um 11 Stunden verschieben. Insgesamt wurden von den Verzögerungen 10 000 Passagiere betroffen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Die Singe stunde) im Volksbildungsverein findet heute statt. Morgen spricht Dr. Kaphan.

Pulsnitz. (Gestohlen) wurde in Pulsnitz vom 6. zum 7. d. Mts. aus einem hiesigen Pelzwarengeschäft eine Halskrawatte aus Steinmarder Poffum (grau und schwarz gefleckt) mit grauseidenem Futter. Für Wiedererlangung ist Belohnung ausgesetzt. Personen, welche hierzu sachdienliche Wahrnehmungen machen können, wollen dies der nächsten Gendarmerteil- oder Polizeistation mitteilen.

Pulsnitz. (Gewarnt wird) vor zwei unbekanntem Stoffhändlern, von denen sich einer als Konkursverwalter Bräunlich ausgegeben hat. Dieselben bieten Anzugs- und Kostüme zum Kaufe im Umherziehen an und versprechen dem kaufenden Publikum, daß ein kompletter Anzug 40 RM. und ein komplettes Kostüm 28 RM. koste. Die Anfertigung dieser Sachen habe der in Kamenz wohnende Schneidermeister Müller übernommen, an welchen sie auch die Restzahlungen leisten müßten.

(Eine unvorhergesehene Mondfinsternis.) Das Jahr 1926 wartet kurz vor seinem Ablauf noch mit einer unvorhergesehenen Überraschung auf, die sich nicht auf der Erde, sondern im Weltraum vollziehen wird. Der

Böllige Einigung in Genf

Tagung des Reichsausschusses der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes — Millionenbewilligungen des Haushaltsausschusses — Zunahme der Erwerbslosigkeit — Bölkerbundkontrolle statt Militärkontrolle — Der Deutsche Städtetag zum Finanzausgleich

Genf. Nach einhundertstündiger Beratung am Sonntag nachmittag wurde die Konferenz der fünf Minister beendet. Es ist eine völlige Uebereinstimmung erzielt. Am 31. Januar verläßt die Interalliierte Militärkontrollkommission bedingungslos Berlin. Auch über die Einzelfragen ist eine völlige Uebereinstimmung erzielt. Der Außenminister Dr. Stresemann und die deutsche Delegation haben Genf am Montag nachmittag verlassen.

Tagung des Reichsausschusses der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes.

Berlin. Der Reichsausschuß der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes trat im Preussischen Landtag zu einer Tagung zusammen. Reichstagsabg. Dre witz erörterte in seiner Begrüßungsansprache den Zweck der Tagung, der darauf hinauslaufe, eine Zusammenarbeit von den Gemeindevertretern bis zu den Mandatsträgern des Reichstags nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Von den verschiedensten Seiten, sowohl von Führern des politischen wie des Wirtschaftslebens, sei der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes entgegengehalten worden, daß das Schicksal des Mittelstandes nicht durch eine eigene Parteivertretung gemeistert werden könne. Das sei u. a. auch von dem jetzigen Reichstanzler ausgesprochen worden, und auch Dr. Stresemann habe gemeint, es hätte den Anschein, als ob die Mittelstandspartei der Heiland des deutschen Volkes werden sollte. Dabei würde die Seele des Volkes zugrunde gehen. Sie hätten den Kern der ganzen Mittelstandsbewegung nicht erfaßt. Hinter jeder politischen Partei stehe eine bestimmte wirtschaftliche Interessengruppe, und diese Interessengruppen hätten bisher in Deutschland um die politische Macht gestritten und es verstanden, sich ganz nach den gerade bestehenden Mehrheitsverhältnissen zu richten. Die Mittelstandspartei, der man vorwerfe, sie könne nur kritisieren, habe unter verschiedenen Regierungen den Willen zur positiven Mitarbeit bewiesen. Der Redner warf dann die Frage auf, warum es für seine Partei so schwer sei, mit den Sozialdemokraten Politik zu machen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands habe auf Grund der Tatsache, daß links von ihr immer noch ein Konkurrent stehe, nicht den Mut, ihre parteiagitorische Kampfweise abzustellen. Für die Mittelstandspartei ist aber die Voraussetzung für eine staatsbejahende Politik diejenige, daß die betreffende Partei auch den Mut hat, ihre Wähler nicht nur zur Forderung, sondern auch zur Verantwortlichkeit für die Lasten zu erziehen. Unsere heutige Sozialdemokratie glaubt immer noch den Klassenkampfb-

gedanken in die Tat umsetzen zu müssen. Wir haben es bei der Sozialdemokratischen Partei nicht mit einer Partei zu tun, die die privatrechtliche Wirtschaftsweise als Grundlage anerkennt, und in der die nationalgesunkenen Arbeiter fehlen. Die Mittelstandspartei steht auf dem Standpunkt, daß es auf dem Gebiet der bürgerlichen Weltanschauung, der sie die Treue geschworen habe, keine Konzeption gebe, die diese bürgerliche Weltanschauung zugrunde richten könnte. Unser ganzes Glend sei die Folge dieser sozialistischen Politik, die auch heute noch in Deutschland gemacht werde, trotzdem keine sozialistische Mehrheit vorhanden sei.

Wenn der deutsche Mittelstand keine Freude am heutigen Staat habe, so wolle er damit durchaus nicht sagen, daß ihm der Volksstaatsgedanke nicht gefalle. Er würde aber mit größerer Freude den heutigen Staat bejahen, wenn er, was leider nicht der Fall ist, sehen würde, daß ihm — genau wie anderen — sein Recht gegeben wird. Eine Freude am Staat wird der deutsche Mittelstand erst dann haben, wenn dieser Staat ein wirklicher Volksstaat geworden ist, bei dem die Gerechtigkeit oberstes Gesetz ist.

Entschlieungen der Wirtschaftspartei.

Berlin. Als Ergebnis der Sitzung des Reichsausschusses der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes wurden mehrere Entschlieungen gefaßt, in denen es u. a. heißt:

In allen Parlamenten und Kommunalverwaltungen ist mit aller Energie, eventuell Ablehnung der Etats und durch schärfste Opposition darauf hinzuwirken, daß der Finanzausgleich und damit die Vereinfachung der Steuergesetzgebung und des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer so schnell wie möglich Gesetz wird. Insbesondere ist auf Aufhebung der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer zu dringen.

Eine zweite Entschlieung besagt, daß die Partei alle Bestrebungen auf engere Zusammenarbeit der Richtungen und Parteien, welche der bürgerlichen Weltanschauung huldigen, unterstützt. Das Mittel der bürgerlichen Einheitslisten sei aber nach Ansicht der Partei nicht das Gegebene, um dieses Ziel zu erreichen.

Eine letzte Entschlieung fordert baldigst eine grundlegende Aenderung der Besoldungsordnung für die Beamten und bittet die Fraktionen zur Behebung eines schweren Notstandes der zugesagten Weihnachtshilfe im Rahmen der Deckungsmöglichkeiten zuzustimmen.

Millionenbewilligungen des Haushaltsausschusses.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beendigte die Beratung des Nachtragsetats des Reichsarbeitsministeriums. Zunächst wurde ein Antrag einstimmig angenommen, daß von den im Nachtragsetat vorgesehenen 200 Millionen für

